
FDP Wetterau

FDP-POLITIKER STÄRKEN JÄGERN DEN RÜCKEN: JAGD IST GELEBTER NATURSCHUTZ

08.04.2022

Ruths: „Jägerinnen und Jäger in ihrer ehrenamtlichen Arbeit im Kampf gegen die Afrikanische Schweinepest mit Gebührenverzicht bei Trichinen-Proben unterstützen.“

Der FDP-Landtagsvizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn hat gemeinsam mit dem heimischen FDP-Bundestagsabgeordneten Peter Heidt und dem Wetterauer FDP-Kreistagsabgeordneten Jochen Ruths den Landesjagdverband Hessen e.V. besucht, um sich bei dem Präsident Prof. Dr. Jürgen Ellenberger, dem Schatzmeister Christof Wehrum und Geschäftsführer Alexander Michel über die aktuelle Verbandsarbeit zu informieren. Der Landesverband hat traditionsgemäß seinen Sitz in Bad Nauheim.

„Die Hessische Jagdverordnung wird derzeit evaluiert, hierzu hat uns das zuständige Umweltministerium gebeten, als Fachverband Stellung zu beziehen. Wir setzen uns hierbei dafür ein, dass es zu keinen weiteren negativen Einschränkungen des Jagdrechts in Bezug auf die Liste der jagdbaren Arten kommt“, erklärte Prof. Dr. Ellenberger. Der allgemeine Tierschutzgedanke sei als solcher nicht geeignet, ganzjährige Schonzeiten auszusprechen oder die Liste der jagdbaren Arten insgesamt einzuschränken, sofern damit allein die Absicht verbunden sei, Tiere vor ihrer Erlegung im Rahmen einer waidgerechten Jagdausübung zu bewahren. „Die Jagd darf als solches nicht weiter eingeschränkt und reguliert werden“, stellte Michel fest.

Schon die Novellierung der Jagdverordnung 2015 hatte zu viel berechnete Kritik aus der Jägerschaft geführt, die Folge waren große Protestaktionen vor der Staatskanzlei in Wiesbaden. Die FDP Landtagsfraktion hatte auch erfolgreich gegen einzelne Teile der schwarz grünen Verordnung geklagt.

„Und diesen Protest haben wir Freie Demokraten nicht nur an diesem Tag, sondern auch über Monate hinweg im Parlament unterstützt. Aus wildbiologischer Perspektive musste

man viele der damals neuen Regelungen als schlicht unsinnig bezeichnen, zudem wurden Gesetze, die der Landtag erlassen hat, durch Verordnungen von Umweltministerin Priska Hinz ausgehöhlt und konterkariert. Schließlich haben wir Freien Demokraten im Anschluss vor dem Staatsgerichtshof geklagt. Der Staatsgerichtshof hat hiernach den willkürlichen und fachlich nicht begründeten Schonzeiten ein Ende gesetzt“, blickte der ehemalige Justizminister Hahn bei dem Austausch zurück.

Die Liberalen kamen bei dem Austausch auch auf die derzeitigen Kosten für die Trichinenentnahme bei Schwarzwild im Wetteraukreis zu sprechen. 2021 war die Gebührenerhebung auch auf Drängen der Freien Demokraten im Wetterauer Kreistag ausgesetzt worden, seit dem 01.01.2022 werden im Kreis aber wieder Gebühren erhoben.

„Insbesondere vor dem Hintergrund der bundesweiten Etablierung der Afrikanischen Schweinepest ist es angebracht, Jägerinnen und Jäger in ihrer ehrenamtlichen Arbeit im Kampf gegen die Afrikanische Schweinepest zu unterstützen, Gebühren für Trichinen-Untersuchungen zu erlassen und damit die Jägerschaft zu entlasten“, erklärte Ruths, selbst passionierter Jäger. Hierzu habe die FDP-Kreistagsfraktion einen neuerlichen Antrag erfolgreich in den Kreistag eingebracht.

„Die Preise für den Verkauf von Wildschweinfleisch sind aufgrund des Überangebotes im Keller, insofern wäre die Aussetzung der Gebühren für Trichinen-Untersuchungen sehr zu begrüßen. Wenn die Politik unsere Arbeit gegen die Afrikanische Schweinepest sogar anfordert, ist hier ein Entgegenkommen mit dem Aussetzen der Gebühren angezeigt“, erklärte Prof. Dr. Ellenberger. Der Präsident verwies hierbei auch darauf, dass Schulungsmaßnahmen zur Trichinenentnahme in Hessen noch bei den Kreisveterinärämtern angesiedelt seien. „In anderen Bundesländern führt der Landesjagdverband zusammen mit Veterinären diese Schulungen aus, hier könnten wir die Verwaltungsbehörden wirksam entlasten“, stellte Michel fest.

„Wir stehen zu den Jägerinnen und Jägern in Deutschland als aktive und staatlichgeprüfte Naturschützerinnen und Naturschützer und erkennen an, dass die Jagd eintausende Jahre altes gelebtes Kulturgut ist und zum Artenschutz, zur Landschaftspflege, zur Seuchenvermeidung und zur gesunden Ernährung der Bevölkerung beiträgt. Für uns ist die Jagd daher vor ideologischen Übergriffen zu schützen und in ihrer heutigen Form zu erhalten“, machte Heidt abschließend deutlich.